

## ***Religion als Herausforderung für die Politik***

### 1. Berliner Religionspolitische Rede

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB

1. Politik agiert nicht im luftleeren Raum. Sie hat es immer mit Menschen zu tun. Diese sind in ihrem Leben und Zusammenleben durch bestimmte Gepflogenheiten, Überzeugungen, Grundsätze und Traditionen geprägt. Politik kann nicht erfolgreich betrieben werden, wenn sie diese Einsicht vernachlässigt. Macht man sich klar, dass einige der wichtigsten Gepflogenheiten, Überzeugungen, Grundsätze und Traditionen religiöser Art sind, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass Religion immer eine Herausforderung für die Politik darstellt.

Diese Herausforderung muss nicht unbedingt angenehmer Art sein. Religion kann, wenn sie sich z.B. fundamentalistisch äußert, die Politik vor die Herausforderung stellen sich behaupten zu müssen. Aber das ist aus meiner Sicht nicht das Entscheidende. Vielmehr geht es mir heute Abend in erster Linie darum, deutlich zu machen, warum und inwiefern Religion eine wichtige Ressource ist, aus der auch in unserer Gesellschaft fundamentale Wertorientierungen entspringen. Sie ist – um eine Formulierung des kanadischen Philosophen Charles Taylor aufzugreifen – eine wichtige „Quelle des Selbst“, aus der wir schöpfen – gerade auch angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die Politik hier und heute steht.

2. Eine Zeit lang schien es freilich so manchem, als habe die Religion jedenfalls für uns aufgehört eine Herausforderung für die Politik zu sein. Nicht nur war es so, dass die Mitgliedschaft in den großen Kirchen zurückging, ein Prozess, der

schon seit langer Zeit anhält, aber in den letzten Jahrzehnten erst deutlich wahrnehmbar wurde. Aber auch die große Mehrheit derjenigen, die noch einer Kirche angehörten, war anscheinend der Ansicht, Religion sei vor allem eine Sache des persönlichen Glaubens, den man aus der politischen Auseinandersetzung weitgehend heraushalten sollte. Das große Zauberwort war ‚Säkularisierung‘, die Bezeichnung einer Entwicklung, die alle modernen Institutionen zunehmend frei macht von ihrer traditionellen Verklammerung mit religiösen Werten und Inhalten. Religion in einer in diesem Sinn säkularen Gesellschaft, das sollte offenbar heißen: Religion in einem Umfeld, das in seinen wesentlichen Bezügen und Funktionen wunderbar ohne sie auskommt, für das sie bestenfalls eine Art Ornament ist, das manche Momente etwas feierlicher macht als sie es sonst wären, aber darüber hinaus ohne Bedeutung für den eigentlichen Gang der Dinge ist.

Diese Interpretation der Situation bei uns hatte auch Auswirkungen für die Art und Weise, wie wir den Rest der Welt betrachteten. Natürlich war klar, dass die Bedeutung von Religion – sei es der christlichen oder anderer – für politische Abläufe in vielen Teilen der Welt deutlich höher und oft genug von großer Bedeutung war. Es galt jedoch mehr oder weniger als ausgemacht, dass sich der Entwicklungsstand einer Gesellschaft nicht zuletzt daran zeigen sollte, wie ‚säkular‘ sie war. Auf diese Weise wurde ein Rückstand in der Säkularisierung zu einem Aspekt von Rückständigkeit, von dem man hoffen musste, dass er – ebenso wie bestimmte ökonomische und soziale Relikte früherer Zeiten langsam aber sicher überwunden würde.

Die große Ausnahme, die in dieses Weltbild nie passte, waren natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika. Da hatte man es mit einem hoch entwickelten Land zu tun, das spätestens seit dem 2. Weltkrieg in vieler Hinsicht für den Rest der Welt den Maßstab von Modernität abgab, ein Land, dessen Modernität

überhaupt keinem Zweifel unterlag und dessen Institutionen beispielhaft gerade für die deutsche Demokratie waren – und gerade in diesem Land spielte die Religion in der Öffentlichkeit eine so fundamentale Rolle. Sicherlich in einem ganz besonderen Sinn – immerhin existiert auf der verfassungsrechtlichen Ebene in den USA eine der strengsten Trennungen von Kirche und Staat. Dennoch scheint immer noch zu gelten, was Alexis de Tocqueville vor über 150 Jahren (schon damals als Europäer milde erstaunt) beobachtete: dass Religion die erste der republikanischen Institutionen in den USA darstellt. Im Weltbild der Säkularisation erschienen die USA so als die große Anomalie, als die Ausnahme, für die es eigentlich im Rahmen der allgemeinen Theorie keine zufrieden stellende Erklärung gab.

3. Inzwischen gilt es als anerkannt, dass diese allgemeine Theorie, die Annahme, dass Religion im Wesentlichen ihren herausfordernden Charakter für die Politik verloren hat, schlicht gesagt falsch war. In vielen Teilen der Welt haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten Modernisierungen abgespielt – in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Demokratie hat in den letzten 15 Jahren in einer Vielzahl von Ländern Einzug gehalten, die mit diesem Gesellschaftsmodell bislang wenig oder keine Erfahrung gemacht hatten. Dennoch gibt es keine Anzeichen dafür, dass irgendwo außerhalb Westeuropas die Entwicklung stattfindet, die man mit dem Begriff der Säkularisierung im Blick hatte. Eine Ausnahme bilden vielleicht nur einige der vormals kommunistischen Länder Ostmitteleuropas, aber die haben natürlich eine ganz besondere Geschichte. Auf der anderen Seite ist aber umso bemerkenswerter, welche Entwicklung sich in dieser Hinsicht in Russland vollzogen hat, immerhin einem Land, in dem während eines Großteils des 20. Jahrhunderts eine die Religion aktiv unterdrückende Politik betrieben wurde. 2001 konnte Präsident Putin davon sprechen, sein Land habe freiwillig

„die Rolle einer Hüterin der wahren christlichen Werte [übernommen]. Unbedingt muss man jenen zustimmen, die meinen, dass ohne Christentum, ohne orthodoxen Glauben, ohne die daraus erwachsene Kultur Russland gar nicht hätte entstehen können.“

Man könnte die Beispiele aus unserer globalisierten Welt fast beliebig vermehren. Auch bei uns hat sich – wenn ich es richtig beobachte – die Diskussion in den letzten Jahren verschoben. Sicherlich – der Mitgliederschwund der großen Kirchen hält an und auch das Nachlassen einer grundsätzlichen Alphabetisierung im Christentum scheint eher verstärkt. Gleichzeitig lässt sich jedoch auch eine gegenläufige Entwicklung feststellen: Angesichts der großen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft zweifellos steht, ist vielen Menschen die Bedeutung von das Leben orientierenden Werten wieder stärker bewusst geworden. Gibt es eine letzte Instanz, vor der individuelle Entscheidungen verantwortet werden müssen? Wie setzen wir uns Grenzen, angesichts der Bedrohung, die unserer Welt und uns selbst von den anscheinend ‚unbegrenzten‘ Möglichkeiten drohen? Die Diskussion über den Gottesbezug in der EU-Verfassung, über Stammzellenforschung, aber auch – in ganz anderer Weise – die öffentliche Anteilnahme an der Person des letzten Papstes während seiner letzten Tage deuten für mich darauf hin, dass hier eine neue Sensibilisierung einsetzt für etwas, was für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Interessantes Beispiel dafür ist sicherlich Jürgen Habermas, der sich selbst (mit Max Weber) als ‚religiös unmusikalisch‘ bezeichnet und doch in zahlreichen Äußerungen der letzten Jahre zum Ausdruck bringt, dass hier etwas unabgeschlossen ist, dass die Säkularisierung nicht die letzte Antwort auf die Probleme unserer Zeit sein kann. Habermas spricht in diesem Zusammenhang übrigens von einer ‚Dialektik der Säkularisierung‘ – so der Titel eines Buches, das er Anfang des Jahres gemeinsam mit Joseph Ratzinger herausgegeben hat.

Dennoch wäre es falsch, hier eine Art Rückkehr zu einem ‚status quo ante‘ zu sehen. Denn wie auch immer man die künftige Rolle von Religion in Deutschland einschätzt – und Sie werden von mir heute keine Prophezeiungen dieser Art hören – sie ist jetzt und in Zukunft auf jeden Fall viel pluraler verfasst als jemals zuvor. Wir haben uns also heute nicht nur der Frage zu stellen, ob und wie viel Religion Deutschland verträgt, sondern müssen ebenso zur Kenntnis nehmen, dass Religion in Deutschland tatsächlich Religionen bedeutet, wobei wir uns einig sein werden, dass darunter insbesondere dem Islam eine herausgehobene Bedeutung zukommt. Das zeigt jedoch sogleich ein weiteres Problem. Die Wahrnehmung jedenfalls großer Teile der Öffentlichkeit ist hier für verschiedene Religionen sehr unterschiedlich: In welcher Weise stellen Islam, Christentum und, sagen wir, Buddhismus eine Herausforderung für die Politik dar? Wir müssen die Frage nur stellen, um zu sehen, dass sie intuitiv von den meisten für jede dieser Religionen verschieden beantwortet wird. Gleichzeitig verpflichtet uns unsere grundgesetzliche Ordnung zu Recht zu einer prinzipiellen Gleichbehandlung der verschiedenen Religionen. Auch das ist gewissermaßen eine „Herausforderung“ für die Politik und für den konkreten Politiker.

4. Man kann die beschriebenen Entwicklungen verschieden werten, was sicherlich auch am jeweiligen persönlichen Standpunkt hängt. Wie dem jedoch auch immer sei, klar ist jedenfalls, dass Religion heute tatsächlich eine Herausforderung für die Politik ist und als solche weithin wahrgenommen wird. Die Frage, die sich für den Politiker stellt, ist demnach die: wie geht er mit dieser Herausforderung um? Die Antwort auf diese Frage wird sicherlich nicht zuletzt davon abhängen, was man unter Religion versteht.

Es gibt hierzulande eine lange Tradition, die in der Religion insofern eine Herausforderung an die Politik sieht, als sie für diese gewissermaßen einen Störfaktor darstellt. Schon Macchiavelli war der Meinung, das Christentum sei

schuld daran, dass es zu seiner Zeit weniger Republiken gebe als in der von ihm bewunderten klassischen Antike. „Unsere Religion“, so schrieb er, fördert mehr das Leiden als das Tun. Sie habe durch diese Haltung die Welt den Bösewichtern ausgeliefert, denn diese sehen, dass die meisten Menschen, um ins Paradies zu gelangen, eher darauf aus sind, Schläge geduldig zu ertragen als aktiv zu handeln.

Aber an diesem Ort ist es vielleicht doch passender an Friedrich den Großen zu erinnern, der in seinem politischen Testament von 1752 in einem Abschnitt zu den Religionen in Preußen die Position der Aufklärung auf seine unnachahmliche Weise zum Ausdruck gebracht hat. Für Friedrich war, das darf man nicht vergessen, die Erfahrung der Religionskriege noch ein relativ kurz zurückliegendes Trauma. Und so besteht sein Ideal in einem Miteinander der Religionen, bei dem man diese vor allem daran hindert, ihrer Neigung zu Streit und am Ende gewalttätiger Auseinandersetzung zu sehr nachzugehen. Der Preußische König macht in diesem Zusammenhang auch kein Geheimnis daraus, dass für ihn die Grundlage jeder Religion Mangel an Aufklärung ist. Die Toleranz des Herrschers beruht entsprechend weniger auf einer positiven Schätzung der Religion, vielmehr auf der Einsicht, dass man dem Volk das nicht nehmen darf, woran es nun einmal hängt.

Die Probleme, die Friedrich artikuliert sind nicht einfach aus der Luft gegriffen. In der Tat, blickt man z.B. auf die politische Rolle, die der Protestantismus seit der Reformation gespielt hat, lassen sich die dunklen Seiten nicht übersehen. Mit Blick auf die heute von uns hochgehaltenen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, stellt sich die Entwicklung nicht als eine geradlinige Sache dar. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ist es den evangelischen Christen in ihrer Mehrheit möglich gewesen, diese Werte nicht nur zähneknirschend zu akzeptieren, sondern sie als in Übereinstimmung mit den Grundanliegen unserer Religion zu bejahen. Zwar hatte der Protestantismus schon am Ende des 19.

Jahrhunderts versucht, den christlichen Glauben der Reformation mit der aus der Aufklärung hervorgegangenen Kultur der Vernunft im Sinne einer religiös begründeten Humanität in Einklang zu bringen, aber der feste Bezugspunkt blieb zunächst die Monarchie und nicht die Demokratie, was sich in den Jahren der Weimarer Republik und der Nazizeit bitter bemerkbar machen sollte – bei Weitem nicht nur bei den Deutschen Christen.

Es gibt natürlich prominente Gegenbeispiele: Da fällt mir zuerst meine badische Heimat ein: Dort wurden 23 Geistliche für ihr politisches Engagement durch staatliche Gerichte gnadenlos mit Haftstrafen belegt und verloren ihre kirchlichen Ämter. Dies fand statt nicht etwa zu Zeiten des Nationalsozialismus, sondern in der Revolutionszeit von 1848/49. Das Großherzogtum Baden war Zentrum von Demokratie und republikanischer Einstellung, geprägt durch einen Geist, der seine Wurzeln im Protestantismus hat und bis heute spürbar ist. Pfarrer, Theologen und Bürger waren sich einig in der Forderung nach politischer Freiheit, der über die Freiheit eines Christenmenschen hinausging und auch vor einer Reformierung des landesherrlichen Kirchenregimentes nicht Halt machte: Synodalverfassung, Einbeziehung der Laien, mehr Autonomie im Verhältnis von Staat und Kirche waren die protestantischen Reformforderungen, die mit den politischen Forderungen am Ende blutiger staatlicher Gewalt zum Opfer fielen.

Dieser liberale, politisch aktive Protestantismus war keine Massenbewegung, konnte aber doch seine Spuren bleibend hinterlassen. An ihn konnte die evangelische Kirche nach dem Kirchenkampf anknüpfen und protestantisches Profil gewinnen mit Theologen und vor allem auch Laien, die sich als Protestanten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft engagierten. Die Rolle, die die evangelischen Kirchen im Herbst 1989 spielten (ob in Wittenberg, in Breitenfeld, in Barmen und auch in Leipzig), ist daher wohl auch historisch

betrachtet nicht nur Zufall. Trotz aller Irrwege mancher Kirchenführer mit ihrer Anbiederung an die herrschende Klasse der DDR lag doch im Protestantismus eine entscheidende Keimzelle des Protestes: Mutige Pfarrer in Leipzig, Ost-Berlin und anderswo boten einen Raum, schafften eine Öffentlichkeit, Orte, wo sich Menschen sammeln konnte, Kirchenferne wie Kirchnahe, um ihren Überzeugungen als Christ und/oder Bürger Ausdruck zu verleihen.

5. Ganz gleich aber wie man hier die Rechnung nun aufmacht, in jedem Fall ist klar, dass die Perspektive der Aufklärung auf die politische Relevanz der Religion eine sehr einseitige war. Sie hat da ihr Recht, wo Religion zu einer Bedrohung für das Gemeinwesen wird, wo religiöse Kräfte drohen, das Zusammenleben der Menschen, den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Funktionieren der Institutionen zu behindern oder zu zerstören. Gerade auch in der gegenwärtigen Situation wird man kaum bestreiten, dass eine solche Bedrohung bestehen kann und dass in diesem Fall der Staat die Aufgabe hat, solche Konsequenzen mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Das Problem, dass Religionen zu Trennung und Streit führen, ist für uns nicht so weit weg, wie der Hinweis auf Konflikte des 17. Jh. suggerieren könnte. Wenn heute von einem „Krieg der Kulturen“ geredet wird, dann ist wiederum die Religion als ein Hauptkampfplatz einer solchen Auseinandersetzung im Blick. Nur denkt man weniger an einen Konflikt zwischen Protestantismus und Katholizismus, sondern an die Auseinandersetzung zwischen christlicher und islamischer Welt. Dies Problem ist für uns längst nicht nur ein außenpolitisches. Es bezieht sich also nicht nur auf unser Verhältnis zur arabischen Welt, sondern wir müssen es auch innenpolitisch lösen.

Ebenso wenig wird man übersehen, wie wichtig und grundlegend die neuzeitliche Schaffung religiös neutraler gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen war, die es ermöglichen, politisches Handeln gegenüber den



Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften gleichermaßen zu vertreten.

Die Einseitigkeit der friderizianischen, aufklärerischen Sicht liegt dennoch in ihrer Fixierung auf diese problematische Seite der Religion, auf deren konfrontative Herausforderung der Politik. Dadurch übersieht diese Position die fundamentale, positive Bedeutung, die der Religion für politisches Handeln bleibend zukommt. Daran ändert auch eine verfassungsrechtliche Trennung von Kirche und Staat nichts. Denn die Politik wird ja von Menschen gemacht, und diese Menschen kommen nicht aus dem luftleeren Raum. Die zweite, wichtigere Herausforderung der Religion für die Politik bedeutet also zunächst einmal: Menschen mit einem religiösen Hintergrund werden als politisch aktive Bürger gebraucht. Sie werden, so meine ich, umso mehr gebraucht sofern sie über eine klare Orientierung, eine Grundausrichtung ihres Lebens verfügen. Von der Politik wird zu Recht Orientierung für unsere Gesellschaft erwartet. Orientieren aber kann nur, wer selbst orientiert ist. Der religiöse Glaube gehört zu den wichtigsten Quellen starker Wertvorstellungen in unserer Kultur. Auch die Politik kann auf diese Quelle nicht verzichten.

6. So wichtig jedoch die Bedeutung individueller Religiosität für das politische Engagement einzelner ist, mit ihr ist die Bedeutung von Religion für die Politik noch nicht erschöpft. Denn daneben gibt es auch noch die gemeinschaftliche Dimension. Auch die dürfen wir nicht vernachlässigen. Religion gehört zu den wichtigsten Kräften, die Menschen verbinden, und auch das ist etwas, was wir gerade heute, in unserer immer individualistischer werdenden Gesellschaft brauchen. Politische Institutionen, so wichtig sie sind, reichen dafür nicht aus, sie bedürfen selbst anderer Fundamente, damit sie von den Bürgern mit Leben erfüllt werden. Das ist auch die Grenze des Konzepts vom ‚Verfassungspatriotismus‘. Es ist kein Zufall, dass selbst ein so eifriger

Verfechter dieses Konzepts wie Jürgen Habermas in seinem 2003 gemeinsam mit Jacques Derrida verfassten Aufruf über die „Wiedergeburt Europas“ davon spricht, es sei die „Macht der Gefühle“, die Europas Bürger miteinander verbinde und ihnen eine gemeinsame Identität geben könne. Verfassungspatriotismus als eine Sache der Vernunft reicht eben nicht, es braucht ebenso die „Macht der Gefühle“. Mit dem Verfassungspatriotismus kann ich nicht erklären, warum die Leute im Fußballstadion, wenn Deutschland gegen Frankreich Fußball spielt, für Deutschland sind. Die Franzosen haben ähnliche Werte in ihrer Verfassung wie wir, aber das spielt hier keine Rolle. Ich habe Habermas übrigens später einmal getroffen und gefragt: „Müssen sie nicht ihre Auffassung zum Thema Verfassungspatriotismus unter diesem Gesichtspunkt noch einmal revidieren“? Darauf hat er tatsächlich geantwortet, darüber müsse er noch einmal nachdenken.

Anders als Habermas hat Karl Otto Hondrich Identitätswerte seit langem mit Bezug auf Gefühle definiert. Auf die Frage, was eine Gesellschaft zusammenhält, antwortet Hondrich: „geteilte Gefühle“. In einem im April in der FAZ veröffentlichten Artikel, *Die Divisionen des Papstes*, geht er – im Zusammenhang mit dem Tod des Papstes – ausdrücklich auf diesen Punkt ein und formuliert treffend: „Vom Einklang der Gefühle geht ein eigener Zauber aus: der Zauber der Einheit.“ Und tatsächlich – wenn wir uns einem Gemeinwesen zugehörig fühlen wollen, dann muss es etwas geben, was uns auf einer tieferen menschlichen Ebene miteinander verbindet. Auf genau der Ebene, auf der auch Religion und Glaube angesiedelt sind. In diesem Sinn können wir auch in einem modernen, pluralen und säkularen Gemeinwesen nicht auf den Beitrag der Religion verzichten.

Mir scheint, dass gerade an diesem Punkt es sogar besonders evident ist, dass dieser Beitrag eher noch wichtiger wird. Wir haben lange, zu lange, vom Staat

die Lösungskompetenz für fast alle Probleme erwartet, die es in unserer Gesellschaft so gibt. Wir können – und müssen – heute einsehen, dass wir da bei uns eine Kurskorrektur brauchen. Wir müssen wieder lernen, uns mehr selbst zuzutrauen. Nicht alles kann vom Staat übernommen werden, sondern nur das soll von ihm übernommen werden, was er mit seinen Möglichkeiten wirklich besser machen kann. Wo das nicht so ist, sollten wir den Mut haben, Verantwortung an die Gesellschaft zurückzugeben.

Es lässt sich jedoch nicht übersehen, dass die Entwicklung, die dem Staat so viele Verantwortungen zugeschoben hat, auch damit zu tun hat, dass wir traditionell sehr scharf zwischen Privatem und Gesellschaftlichem trennen. Eine deutlich geringere Rolle hingegen spielt bei uns für die Gesellschaft der Bereich, in dem Bürger etwas gemeinsam, jedoch nicht in staatlicher Verantwortung machen. Es ist aber genau dieser Bereich, der in den USA die oft so bewunderte Vielfalt von bürgerschaftlichem Engagement hervorbringt. Dass in dieser Hinsicht die Uhren auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich ticken, ist übrigens schon Max Weber aufgefallen, als dieser die amerikanische Gesellschaft studierte und mit der deutschen verglich. Bekannt ist seine Formulierung, dass die amerikanische Gesellschaft kein formloser „Sandhaufen von Individuen“ sei, sondern dass in ihr Verbände, also nichtstaatliche Zusammenschlüsse von Bürgern eine entscheidende Rolle spielen. Zu den wichtigsten Akteuren in diesem Bereich gehören aber die Religionsgemeinschaften.

Wenn wir also heute, bei uns die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement stärken wollen und dabei insbesondere auf die Ebene solcher Zusammenschlüsse sehen, dann ergibt sich schon daraus, dass die politische Relevanz von Religion, gerade auch in ihrer Fähigkeit zur

Gemeinschaftsbildung von bleibender, eher steigender Bedeutung in unserer Gesellschaft ist.

7. Aber – das ist an dieser Stelle ein nahe liegender Einwand – übersieht eine solche Argumentation nicht, dass diese einigende Rolle der Religion ein Ding der Vergangenheit war, dass sie in einer Zeit zunehmend pluraler Religiosität zum Anachronismus geworden ist? Übersieht sie nicht zudem, dass Religion – gerade in ihrer pluralen Realität – zumindest ebenso viel Trennendes wie Verbindendes enthält? Konkret möchte ich die die Frage so stellen: Wie können wir es erreichen, dass wir Menschen durch Religion miteinander verbinden, und gleichzeitig vermeiden, dass auf der Grundlage unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse neue Gräben aufgerissen werden? Dafür ist es notwendig, dass wir auf das sehen, was uns in unserer religiösen und konfessionellen Verschiedenheit miteinander verbindet, nicht auf das, was uns trennt.

Ich meine, wir finden da einiges von großer politischer und gesellschaftlicher Relevanz. Nehmen wir den zumindest für die monotheistischen Religionen zentralen Bezug auf Gott. Bei allen im Einzelnen großen Unterschieden kommt es im Grundsatz aus meiner Sicht darauf an, dass Menschen wissen, dass sie mit ihrem eigenen Leben und Tun in der Verantwortung vor einer Autorität stehen, die sie nicht selbst eingesetzt haben. Dass sie sich auf etwas beziehen, was größer ist als sie selbst. Dass da etwas ist, das von ihnen nicht gemacht, aber von ihnen zu respektieren ist. Dass es bei allem, was sie wollen und tun, nicht nur um sie selbst geht. Schon das hat weit reichende Folgen für politisches und gesellschaftliches Handeln. Wissen um Unverfügbares ist eine Vorkehrung gegen totalitäre Allmacht und Machtmissbrauch. „Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los“, sagte Bischof Reinelt zum 50. Jahrestag der Dresdner Bombennacht.

Genau darum geht es nach meinem Verständnis in der Präambel des deutschen Grundgesetzes. Bevor die eigentliche Verfassung beginnt, wird dort gesagt, dass das deutsche Volk sich dieses Grundgesetz im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott gegeben hat. In diesem Sinn wünschte ich mir auch einen Gottesbezug in der Europäischen Verfassung. Nach meiner Überzeugung kann ein solcher Verweis Menschen verschiedener Konfessionen, aber auch Gläubige der wichtigsten bei uns vertretenen Religionen einen. Er muss sie nicht trennen. Ich kann nicht einsehen, warum z.B. ein solcher Gottesbezug sich gegen die schon heute in der EU lebenden Muslime richten sollte.

Wie steht es aber mit Atheisten? Werden sie so vor den Kopf gestoßen? Nicht unbedingt. Auch der Atheist kommt eigentlich nicht wirklich ohne Religion aus. Zumindest wenn es um grundsätzliche existenzielle Fragen, um die Frage nach Anfang und Ende, nach dem Sinn des Lebens und der Existenz von Wahrheit und Recht geht, stößt auch jemand, der keiner Religionsgemeinschaft angehört, auf die religiöse Dimension. Auch Atheisten suchen meist einen absoluten Bezugspunkt: die Idee der Wahrheit z.B. oder der Freiheit, das Recht oder die Gerechtigkeit. Wenn damit nicht Ideologien gemeint sind, sondern etwas, das den einzelnen in die Pflicht nimmt, dann gibt es mehr Gemeinsamkeiten als man zunächst denken würde.

8. Der Bezug auf Gott erweist seine Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen nicht zuletzt dadurch, dass er unmittelbare und direkte Folgen für das Menschenbild hat. Die Verantwortung der Menschen *vor* Gott ist nie losgelöst von der Verantwortung *für* den Mitmenschen. Das Doppelgebot der Liebe, das im Neuen Testament und auch davor schon in der jüdischen Überlieferung als Zusammenfassung aller Gebote gilt, verbindet nicht zufällig die Liebe zu Gott mit der Nächstenliebe. Die biblische Schöpfungsgeschichte drückt denselben Zusammenhang aus, indem sie davon spricht, der Mensch sei nach dem

Ebenbild Gottes geschaffen. Und nicht zuletzt sollte jedem Christen deutlich sein, dass es für unseren Glauben, in dessen Mittelpunkt die Menschwerdung Gottes steht, keinen Gottesbezug geben kann, der nicht zugleich Achtung und Liebe gegenüber dem Menschen normiert.

In unsere Verfassungswirklichkeit hat dieser Gedanke Eingang gefunden in der Formulierung des Art. 1, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Dieser Grundsatz gilt unumstößlich; nicht einmal eine verfassungsändernde Mehrheit könnte ihn ändern. Und das zu Recht. Unsere politische Ordnung, das, was oft als die Wertordnung des Grundgesetzes bezeichnet wird, beruht zuallererst auf dem Prinzip der Menschenwürde. Aus diesem Grundsatz sind letztlich die einzelnen Grundrechte entsprungen, die das Fundament unserer freiheitlichen Ordnung ausmachen. Dazu gehört ganz wesentlich der Grundsatz religiöser Toleranz, das Prinzip der Religionsfreiheit. Das ist ganz wichtig. Zumindest aus christlicher Sicht lässt sich klar sagen, dass gerade der christliche Glaube die Akzeptanz religiöser Pluralität als Teil der Achtung vor der Menschenwürde fordert.

Die Menschenwürde, die dem Glauben entspricht, dass der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, die bedeutet, dass jeder Mensch, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Religion seine eigene, unveräußerliche und unverwechselbare Würde hat, und das bedeutet notwendig auch den Respekt vor der Verschiedenheit, und damit Toleranz. Und deshalb ist zwischen geistlichem und weltlichem Regiment zu trennen. Wenn Glaubensgewissheit in irdische Ordnung übersetzt wird, dann ist für Toleranz wenig Platz, und deshalb entspricht die Absage an jeden Fundamentalismus in der politischen Ordnung unserer christlichen Überlieferung.

9. Der Bezug auf Gott führt jedoch nicht nur zum Gedanken der Menschenwürde und dem Toleranzprinzip. Er kann den Menschen auch davor bewahren, sich selbst zum Maß aller Dinge zu machen. Der Mensch braucht Grenzen. Er braucht Grenzen im Interesse seines eigenen Menschseins, seiner Humanität. Auf diese Grenzen aber macht ihn der Bezug auf ein transzendentes Wesen unzweideutig aufmerksam. Diese Einsicht ist für unsere heutige Welt überlebenswichtig. Die Menschen lernen in ungeheurer Geschwindigkeit hinzu. Wissenschaft und Technik ermöglichen ihnen Dinge, von denen noch vor wenigen Jahrzehnten kaum zu träumen war, ich nenne nur die Begriffe Biotechnologie, Nanotechnik und Astrophysik. Die globalisierte Wirtschaft produziert eine sich permanent wandelnde Welt und gibt dem Menschen erstaunliche Instrumente an die Hand, um sein eigenes Geschick und das der Erde in die Hand zu nehmen.

Bei all dem bleibt der Mensch jedoch ambivalent. Seine Größe ist gleichzeitig sein Verhängnis. Sein Streben führt ihn zu neuen und höheren Einsichten, aber auch zu Neid und Missgunst, Habgier und Streit. Im Krieg sehen wir diese „Wolfsnatur“ des Menschen in ihrer zerstörerischen Wirklichkeit. Wir hatten in den letzten Jahren mehr als genug Gelegenheit, Zeugen davon zu werden. Dabei ist die militärische Auseinandersetzung nicht die einzige Gelegenheit, bei der sich das Fragwürdige, ja Gefährliche am Menschen ohne Maß zeigt. Für uns ist mindestens genau so wichtig die Bedrohung, die für Mensch und Welt von einer ungezügelter Erwerbswirtschaft ausgeht. Auch da zeigt sich der Mensch als Wolf, wenngleich meist ohne Blutvergießen. Es kommt für unsere Zukunft viel darauf an, dass wir uns selbst hier Zügel anlegen. Marktwirtschaft ist unverzichtbar, ein ungezügelter Markt jedoch ist unmenschlich.

Das meine ich, wenn ich sage, der Mensch braucht Grenzen. Grenzen, die er sich selbst in Freiheit setzt. Eine wichtige Motivation für ein solches freiwilliges

Akzeptieren von Grenzen der eigenen Machtfülle ist der Bezug auf Gott. Wiederum gilt: das Wissen von etwas Unverfügbarem ist eine Vorkehrung gegen Übermaß, Allmachtsphantasie und Machtmissbrauch.

9. Ich komme auf meine Ausgangsfrage zurück. Aus der Sicht des Politikers ist Religion tatsächlich eine zentrale Herausforderung für heutiges politisches Handeln. Wir finden uns mit großen Aufgaben konfrontiert, auf nationaler wie globaler Ebene – und zwischen beiden lässt sich oft gar nicht mehr richtig unterscheiden. Es muss uns gelingen, die motivierenden und persönlichkeits- sowie gemeinschaftsbildenden Kräfte der Religion für die Lösung dieser Aufgaben zu mobilisieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies eine entscheidende Bedingung für unseren Erfolg im Bereich der Politik sein wird.